

Versorgungssicherheit braucht eigenverantwortliche Pflege!

Parlamentarische Initiative «Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege»

Die Initiative wird getragen von

Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen
und Pflegefachmänner



swissANP



Schweizerischer Verein für Pflegewissenschaft
Association Suisse pour les sciences infirmières (APS)
Swiss Association for Nursing Science (ANS)



SVPL ASDSI ASCSI SNDA



Schweizerische Vereinigung der StomatherapeutInnen
Association Suisse des Stomatherapeutes
Associazione Svizzera delle Stomaterapisti
Associazione Svizzera delle Stomaterapisti

Die Initiative wird grundsätzlich unterstützt von



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI



• SPITEX *privée Suisse*

CURAVIVA.CH

VERBAND HEIME UND INSTITUTIONEN SCHWEIZ
ASSOCIATION DES HOMES ET INSTITUTIONS SOCIALES SUISSES
ASSOCIAZIONE DEGLI ISTITUTI SOCIALI E DI CURA SVIZZERI
ASSOCIAZIUN DALS INSTITUTS SOCIALS E DA TGIRA SVIZZERS

Gesundheitspolitische Bedeutung

Als Folge der wachsenden Zahl von Menschen mit chronischen Erkrankungen und Hochaltrigkeit braucht es langfristig mehr Pflege und Behandlung. Um die neuen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich die Gesundheitspolitik, das Gesundheitssystem, die Leistungsangebote und die Leistungserbringer den neuen Herausforderungen anpassen.

Das fordern auch die aktuellen Berichte der Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK, des Bundesamtes für Gesundheit BAG, des Bundesamtes für Sozialversicherung BSV und der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften SAMW. Die breite politische Abstützung ist somit gegeben.

DIE KERNTHEMEN IN KÜRZE

Leistet die Initiative einen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufes?

Ja, weil Kandidatinnen/Kandidaten, welche sich für eine Ausbildung auf der Tertiärstufe interessieren, die Berufssituation und die Berufsaussichten genau analysieren. Sie wollen keinen Status als "Hilfsberuf" mit unklaren Berufsrollen und Laufbahnmöglichkeiten. Sie erwarten, dass die gesetzlichen Grundlagen mit der Ausbildung, den Aufgaben und den Kompetenzen übereinstimmen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Pflegeberufs muss verbessert werden.

Wird die Zusammenarbeit mit Hausärztinnen/Hausärzten gefördert?

Ja, weil infolge des anstehenden Mangels an Hausärztinnen/Hausärzten und dipl. Pflegefachpersonen neue Modelle der Zusammenarbeit möglich werden. Traditionen und Besitzstandswahrung kann sich das Gesundheitswesen nicht mehr leisten. Es gilt beide Berufsgruppen in ihren Kernkompetenzen zu stärken. Durch die eigenverantwortliche Pflege werden Ärztinnen/Ärzte entlastet und von unnötigen Zuständigkeitsmonopolen befreit. Die Berufsrollen werden gestärkt. Dipl. Pflegefachpersonen werden aber nicht Ärztinnen/Ärzte ersetzen. **Es braucht keinen "Doktor-Light!"**

Wird ein Beitrag zur Optimierung der Gesundheitsversorgung geleistet?

Ja, weil das dipl. Pflegefachpersonal Eigenverantwortlichkeit braucht, um den Herausforderungen wirksam, wirtschaftlich und zweckmässig begegnen zu können. Es wird befähigt in integrierten Angeboten wie Gemeinschaftspraxen etc. zu kooperieren. Das diplomierte Pflegefachpersonal wird seinen Beitrag zur Forderung "ambulant vor stationär" leisten und Risiken wie vorschnelle oder unnötige Eintritte in Institutionen senken. Die Pflege entwickelt sich tendenziell aus den Institutionen hinaus, was wiederum kostensenkend wirken wird. Im Übrigen setzen sich dipl. Pflegefachpersonen in verschiedenen Berufsfeldern längst für die Förderung der Gesundheitsversorgung ein.

Werden die Prozesse optimiert?

Ja, weil die interdisziplinäre Zusammenarbeit gefördert wird und weil Leerläufe entfallen. Der Personaleinsatz kann gezielter gesteuert werden.

Daraus resultieren eine markante Mengen- und Preisreduktion, weil die Arbeitszeit- und die Personalressourcen wirkungsvoller genutzt werden. Rückfragen, Bestätigungen, Alibiverordnungen und Arbeitsrituale sind Zeitfresser ohne Nutzen. Prozessoptimierung senkt nachweislich auch die Kosten.

Werden die Rahmenbedingungen in der Praxis optimiert?

Ja, weil dipl. Pflegefachpersonen längst eigenverantwortlich arbeiten und in Institutionen, im Spitexbereich und in der Langzeitpflege oft auf sich allein gestellt sind. Sie entscheiden in komplexen Situationen oft unter schwierigen betrieblichen Rahmenbedingungen eigenverantwortlich. Sie haben längst bewiesen, dass sie dafür fachlich und persönlich kompetent sind. Ärztinnen/Ärzte sind in der Regel bei der Umsetzung ihrer Verordnungen nicht anwesend. Sie können demzufolge ihre Überwachungspflicht gar nicht direkt wahrnehmen. Oft sind die verordnenden Ärztinnen/Ärzte noch in der fachlichen Ausbildung und kennen die betrieblichen Rahmenbedingungen nicht. Die dipl. Pflegefachpersonen garantieren den geordneten Tagesablauf, beurteilen den Verlauf der Patientensituationen, diagnostizieren Veränderungen und informieren kompetent.

Besteht die Gefahr von Mengenausweitungen?

Nein, weil 98% der rund 80'000 dipl. Pflegefachpersonen im Angestelltenverhältnis arbeiten. Somit sind ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht von der Verordnung von Pflegeleistungen abhängig. Das dipl. Pflegepersonal ist auch nicht in attraktive Kickback-Systeme verstrickt.

Die Krankenversicherer führen bereits heute eine restriktive Angebots-, Mengen- und Qualitätskontrolle durch und sie intervenieren sofort bei unzweckmässigen Leistungsangeboten. Pflegeleistungen tragen dazu bei, die vorhandenen Mengen optimaler zu nutzen. Die Mengensteuerung im Gesundheitswesen ist ein Schweiz weit bekanntes Problem. Sie ist in erster Linie die Folge der medizinischen Entwicklung, der längeren Lebenserwartung, der Zunahme von pflegebedürftigen Menschen, von politischen Rahmenbedingungen und ungeregelten Markteinflüssen. Die Pflege ist nun wirklich nicht für das Problem der Mengenausweitungen verantwortlich.

Besteht die Gefahr, dass andere Gesundheitsberufe nachziehen?

Nein, weil medizinisch-therapeutische Berufe, wie z.B. Physiotherapeutinnen, Ergotherapeutinnen oder Laborantinnen Leistungen im diagnostischen und therapeutischen Bereich erbringen und daher nicht mit der Pflege zu vergleichen sind. Sollten andere Berufe vergleichbare Forderungen stellen, müsste eine neue und anders gelagerte politische Diskussion geführt werden.

Die dringend notwendige Entwicklung des Pflegeberufs und die damit verbundene Förderung von Pflegeleistungen dürfen nicht durch diese Mutmassungen verhindert werden.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

SBK Geschäftsstelle

Yvonne Ribi, Geschäftsführerin

yvonne.ribi@sbk-asi.ch

Max Mäder, Projektleiter

max.maeder@leunet.ch

Werden Sie Mitglied und unterstützen Sie den SBK, die Pflege als eigenverantwortlichen Beruf zu etablieren!

SBK Geschäftsstelle

Choisystrasse 1

Postfach 8124

3001 Bern

Tel. 031 388 36 36

Fax 031 388 36 35

info@sbk-asi.ch

www.sbk-asi.ch

www.facebook.com/sbk.asi